

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit mehr als 1.250 Einrichtungen verfügt Bayern über die vielfältigste und lebendigste Museumslandschaft in Deutschland. Mit knapp 19 Millionen Museumsbesuchern jährlich nimmt der Freistaat bundesweit unangefochten die Spitzenposition ein. Damit das auch in Zukunft so bleibt, hat der Freistaat die Museumsoffensive gegründet. Damit wollen wir staatliche Museen und Sammlungen in ihrer organisatorischen und rechtlichen Struktur sowie ihrer gesamten Governance zukunftsfest und modern aufstellen.

Denn die staatlichen Museen und Sammlungen im Bereich Kunst sind wichtige Säulen des Kulturstaaes Bayern: Sie spielen eine bedeutende Rolle für das kulturelle Gedächtnis, Kreativität und unsere Identität. Um international weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Rahmen



der Museumsoffensive werden daher in einem umfassenden Change-Prozess verschiedene Weichenstellungen – etwa in den Bereichen Digitalisierung und kulturelle Teilhabe – vorgenommen. Außerdem sollen die bayerischen Museen noch stärker zu Orten werden, an denen sich Familien willkommen fühlen – mit Angeboten, die Kinder und Eltern gleichermaßen ansprechen.

Gegenwärtig hat das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst die Rechts- und Fachaufsicht über 18 Museen sowie Sammlungen als nachgeordnete Behörde und ist bei jedem Haus unmittelbar in zahlreiche operative Einzelprozesse eingebunden. Hierfür bringen wir neue Governance-Strukturen auf den Weg, um Kompetenzen besser zu bündeln und Synergien zu schaffen. Nur so können wir eine optimale Ressourceneffizienz staatlicher Mittel bei einer höheren Eigendeckung durch Einnahmesteigerungen gewährleisten. Die Museumsoffensive soll künftig zudem durch eine Bauoffensive ergänzt werden. Auf diese Weise wollen wir notwendige Bau- und Modernisierungsmaßnahmen gezielt vorantreiben.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alexander Hold'.

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



RÜCKBLICK

EEG-NOVELLE:

WIR FORDERN VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die monatelange Verzögerung der EEG-Novelle durch die Bundesregierung gefährdet die Energiewende und verunsichert Investoren: Seit Bekanntwerden des ersten Arbeitsentwurfs zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Anfang März 2026 warten Länder, Kommunen, Stadtwerke, landwirtschaftliche Betriebe sowie Unternehmen und private Investoren dringend auf einen belastbaren Gesetzentwurf. Mit einem Forderungspapier haben wir die Bundesregierung nun zu einer zügigen Vorlage gedrängt. Denn es muss Schluss sein mit der monatelangen Rechts- und Investitionsunsicherheit – stattdessen braucht es endlich langfristig verlässliche Rahmenbedingungen.

Dabei müssen neue Bürokratie sowie zusätzliche Risiken und Unwägbarkeiten unbedingt vermieden werden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht weiter zu gefährden. Dazu sprechen wir uns nachdrücklich für eine technologieoffene Energiepolitik aus, bei der sämtliche erneuerbaren Energieträger entsprechend ihres Beitrags zu Versorgungssicherheit, Netzstabilität und regionaler Wertschöpfung berücksichtigt werden. Die einzelnen Energieträger dürften dabei keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Biomasse zu, da Biogas- und Biomethananlagen als regelbare Stromquellen gerade in Zeiten geringer Wind- und Solarstromerzeugung maßgeblich zur Versorgungssicherheit beitragen. Da Bayern über einen deutschlandweit bedeutenden Anlagenbestand verfügt, fordern wir langfristige Anschlussregelungen, höhere Ausschreibungsvolumina sowie eine bessere Vergütung für gesicherte Leistung und Flexibilität. Auch die Wasserkraft muss als heimische Grundpfeiler-

Technologie erhalten bleiben, da sie verlässlich Strom liefert und die Netze stabilisiert. Hier gilt es, Modernisierungen gezielt zu fördern, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Stilllegungen aufgrund unverhältnismäßiger Bürokratie zu verhindern. Mehr dazu [\[HIER\]](#).

UNSER ANTRAG IM LANDWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS: EINSATZ VON DROHNEN IN DER LANDWIRTSCHAFT ERLEICHTERN

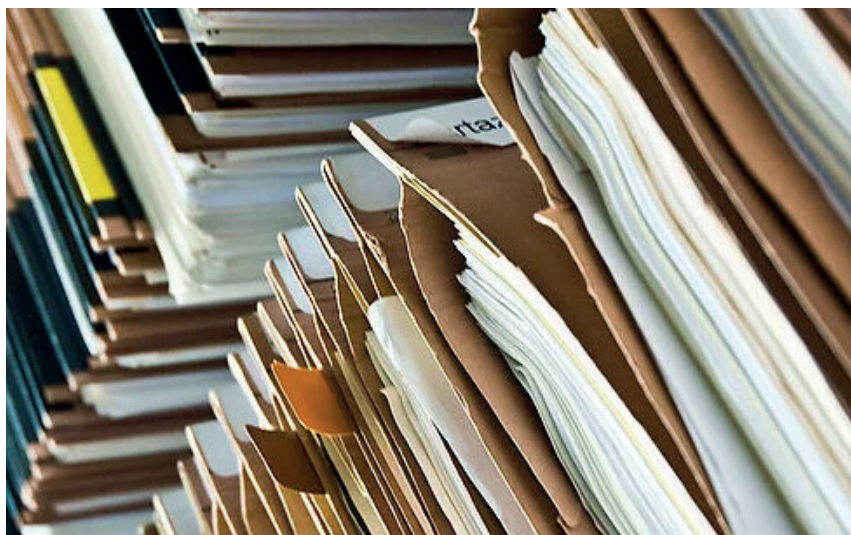
Diese Woche haben wir uns mittels Antrag für Erleichterungen beim Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft eingesetzt. Denn Drohnen werden für eine effektive Bewirtschaftung immer wichtiger. Einsatz finden Drohnen beispielsweise bei der Ausbringung von Nützlingen zum Schutz von Mais sowie bei der Anlage von Blühstreifen – beides geht mittels Drohne um ein Vielfaches schneller als das Verteilen per Hand oder Maschine. Ackerbauern verwenden die Hightech-Geräte beispielsweise auch, um sich ein Bild vom Zustand ihrer Pflanzen und Böden zu machen. Selbst Pflanzenkrankheiten oder Unkräuter können aus der Luft erkannt werden.



Das Problem: Die Anwendung von Drohnen ist bislang mit erheblichem bürokratischem und planerischem Aufwand verbunden. Landwirte müssen aktuell unter anderem einen großen Drohnenführerschein und Flugstunden ablegen sowie eine Ge-

nehmung für die Nutzung kommerzieller Drohnen beim Luftfahrt-Bundesamt beantragen. Bund und EU müssen deshalb rasch die notwendigen Schritte einleiten, um Genehmigungen zu vereinfachen und zu verkürzen sowie den Einsatz flächendeckend und niedrigschwellig zu ermöglichen.

Schließlich belegt die Anwendungsbreite, dass die Arbeit von Landwirten mittels Drohnen effizienter, kostensparender und ressourcenschonender vonstattengehen kann, denn dank der präzisen Daten werden nur dort Dünger, Wasser und Pflanzenschutzmittel ausgebracht, wo sie wirklich gebraucht werden. In Zeiten von hohen Dieselpreisen und Klimawandel ist es für Landwirte eine spürbare finanzielle Entlastung, wenn sie den Traktor für bestimmte Einsatzzwecke stehen lassen und stattdessen mit Drohnen arbeiten können. Es ist daher höchste Zeit, dass die Bundesregierung mit den technischen Innovationen in der Landwirtschaft Schritt hält und die rechtlichen Weichen für deren Nutzung stellt. Mehr [\[HIER\]](#).



KURZNEWS

FÖRDERRÜCKFORDERUNGEN IN LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT: FRAKTION SETZT SICH FÜR 1.000-EURO-BAGATELLGRENZE EIN

Diese Woche haben wir eine Machbarkeitsprüfung der Anpassung der verwaltungspraktischen Bagatellgrenze bei Rückforderungen im Bereich land- und forstwirtschaftlicher Förderprogramme gefordert. Denn schon Kleinstbeträge führen hier zu unverhältnismäßig hohem bürokratischem Aufwand – sowohl für unsere Verwaltung als auch für Betriebe. Eine einheitliche Bagatellgrenze von 1.000 Euro würde viele Verfahren vereinfachen und dafür sorgen, dass Ressourcen effizienter eingesetzt werden können. Ge-

rade für familiengeführte Betriebe, denen im Rahmen komplexer Förderverfahren ein nicht böswilliger und nur marginaler Fehler unterlaufen ist, würde eine solche Bagatellgrenze enorme Erleichterung bedeuten. Davon würden auch die ohnehin überlasteten Behörden profitieren, die dann die Option hätten, von einem aufwendigen Rückforderungsprozess abzusehen. Mehr [\[HIER\]](#).

VOLKSBEGEHREN: FRAKTION LEHNT BEGRENZUNG DER AMTSZEIT DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN AB

Die Amtszeit des Ministerpräsidenten zu begrenzen, lehnen wir weiter ab. Es muss in unserem Freistaat letztlich die freie Entscheidung der Wählerinnen und Wähler bleiben, wem sie ihr Vertrauen schenken. Dieses Votum des Souveräns darf man nicht durch eine Amtszeitbegrenzung einschränken. Seit der Plenarsitzung vom 15. Mai 2018 ist unsere Haltung unverändert: Damals wurde im Hohen Hause intensiv über eine entsprechende Änderung der Bayerischen Verfassung beraten, um die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre zu begrenzen. Wir stehen nach wie vor zu unserer damaligen Position, dass die Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeit nicht mit dem demokratischen Prinzip der freien Wahl durch die Bürgerinnen und Bürger vereinbar ist. Mehr [\[HIER\]](#).



#MELDUNGDERWOCHE:

SO GEHT ES FÜR BAD ALEXANDERSBAD WEITER

25 Millionen Euro Schulden – bei nur 920 Einwohnern: Bad Alexandersbad steht finanziell mit dem Rücken zur Wand. Heute hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossen: Die Gemeinde erhält noch eine letzte Chance.

Wie es für Bad Alexandersbad weitergeht, erklärt unser haushaltspolitischer Sprecher Bernhard Pohl. Zum Reel auf Instagram geht's [\[HIER\]](#).

#STREIBLSSTANDPUNKT: FÜNF JAHRE AHRTAL-FLUT – SO BEGEGNEN WIR DER GEFAHR!

Welche Lehren können wir aus der schrecklichen Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal in Rheinland-Pfalz ziehen? Und wie bereiten wir uns vor auf Wetterextreme, die uns durch den Klimawandel zunehmend begegnen werden?

Antworten dazu hat unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. [\[HIER\]](#) geht's zum wöchentlichen Social Media-Format #StreiblsStandpunkt bei Facebook.

#UNSEREMEINUNG:

KEINE EINSCHNITTE BEI DER PSYCHOTHERAPIE!

Die Bundesregierung legt mit dem Kürzungsgesetz die Axt an die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland an. Das ist verantwortungslos – und wird den Steuerzahler auf lange Sicht viel Geld kosten: Denn gerade bei psychischen Erkrankungen sind frühzeitige, wirksame Behandlungen auch volkswirtschaftlich sinnvoll, weil sie Folgekosten vermeiden können.

Der halbherzige Entschließungsantrag der Koalition zur Psychotherapie kompensiert die Angriffe auf die Psychotherapie in keiner Weise.



Ich setze mich gemeinsam mit unserer ganzen FREIE WÄHLER-Fraktion für einen frühzeitigen, wohnortnahen und niedrighschwelligen Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen ein. Angebote wie die psychotherapeutische Sprechstunde und Akutbehandlungen sollen leicht erreichbar sein – gerade für Kinder und Jugendliche, für Menschen in Krisen und in ländlichen Regionen. Zum Short auf Youtube geht's [\[HIER\]](#).



#POSTDERWOCHE: FREUDE ÜBER KOMMUNALE DANKURKUNDE

Ich freue mich, dass im Rahmen einer Feierstunde in dieser Woche mit mir mehrere Kolleginnen und Kollegen mit der kommunalen Verdienstmedaille sowie der kommunalen Dankurkunde ausgezeichnet worden sind! Dies zeigt erneut die starke Verwurzelung unserer Fraktion in den Kommunen.

Die kommunale Verdienstmedaille in Bronze haben erhalten: Umweltminister Thorsten Glauber, gastropoli-



tische Sprecherin Jutta Widmann und Pflegebeauftragter Thomas Zöller. Die Kommunale Dankurkunde haben neben mir erhalten: Unser energiepolitischer Sprecher Josef Lausch und unser ehemaliger Abgeordneter (nun Landrat) Michael Koller.

Der Bayerische Innenminister zeichnet jährlich kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus ganz Bayern mit der Kommunalen Dankurkunde sowie der Kommunalen Verdienstmedaille aus. Die Preisträger sind Personen, die sich insbesondere durch langjährige Tätigkeit in einem Kommunalparlament oder in anderen kommunalen Ehrenämtern um die kommunale Selbstverwaltung in Bayern verdient gemacht haben. Ich verstehe die Auszeichnung vor allem als Wertschätzung unserer gemeinsamen Arbeit. Die Kommunalpolitik, sei es im Bezirk Schwaben oder in der Stadt Kempten, lebt vom persönlichen Einsatz und vom Miteinander. Vieles, was in den vergangenen Jahren gelungen ist, war nur durch das Engagement vieler Menschen möglich. Dafür bin ich herzlich dankbar. Zum Post geht's [\[HIER\]](#).



#5DINGE, DIE UNS DIESE WOCHEN GEFREUT HABEN

Zwischen Ausschusssitzungen, Terminen und Gesprächen gibt es jede Woche auch viele schöne Momente.

Deshalb haben wir diese Woche auf unseren sozialen Kanälen #5Dinge geteilt, über die wir uns diese Woche gefreut haben – von spannenden Begegnungen bis zu besonderen Erkenntnissen. [\[HIER\]](#) geht's zum Post.

VORSTANDSKLAUSUR DER FW- UND CSU-LANDTAGSFRAKTIONEN IM KLOSTER IRSEE

Am Freitag und Samstag haben wir – die Führung der beiden Landtagsfraktionen von FW und CSU im Allgäuer Kloster Irsee bei Kaufbeuren sehr intensiv mit der Zukunft Bayerns und unserer Koalition befasst. Das Motto »Gemeinsam für Bayern. Zukunft gestalten.« Haben wir dabei wörtlich genommen.

So viel ist klar: Die Herausforderungen sind so groß und teilweise drängend, dass wir uns keine internen Reibereien leisten können. Die Menschen in Bayern erwarten zu Recht, dass wir Probleme lösen anstatt politische Spielchen zu veranstalten. Da trifft es sich gut, dass genau das unser Politikansatz ist: Pragmatisch und ideologiefrei unsere Zukunft gestalten!

Mehr zu diesem wichtigen Treffen lesen Sie hier nächste Woche. So viel sei schon verraten: Zwei Tage mal ohne Öffentlichkeit und Zeitdruck die Zukunftsthemen zu diskutieren und das Gemeinsame auch nach dem Abendessen gesellig zu vertiefen hat unserer Koalition sehr gut getan!



ZIVILCOURAGE IST KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Im Rapunzel Besucherzentrum in Legau habe ich diese Woche als Festredner die Ehrungsveranstaltung des Kuratoriums Sicheres Allgäu e. V. mitgestaltet. Gemeinsam mit Landrat Elmar Stegmann durfte ich Bürgerinnen und Bürger aus unserer Region auszeichnen, die durch ihr mutiges und entschlossenes Handeln Zivilcourage bewiesen und Verantwortung für ihre Mitmenschen übernommen haben.

Die Geehrten haben nicht weggesehen, sondern geholfen – oft in Situationen, die Mut, Umsicht und schnelles Handeln erforderten. Ihr Einsatz zeigt, dass unsere Gesellschaft von Menschen lebt, die Verantwortung übernehmen und füreinander eintreten.

Wie etwa der erst 14-jährige Max, der sich ehrenamtlich bei der Wasserwacht engagiert und letzten Sommer zusammen mit seiner Schwester einen 11-jährigen Jungen im Schwaltenweiher (Ostallgäu) vor dem Ertrinken bewahrt hat. Oder Jessica Heinrich, die bei ihrer Oma zu Besuch war, als diese einen so genannten Schockanruf erhielt. Sie hat sich als ihre Oma ausgegeben und ist auf die Masche der Betrüger angesprungen, um wie gefordert 20.000 Euro zu



übergeben. Zeitgleich verständigte sie die Polizei, so dass die Geldabholer gestellt und festgenommen werden konnten.

Es war mir eine besondere Ehre, diesen außergewöhnlichen Menschen meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen zu dürfen. Sie sind Vorbilder für uns alle. Mein herzlicher Dank gilt auch dem Kuratorium Sicheres Allgäu und dem Polizeipräsidium Schwaben Süd/West, die sich seit vielen Jahren mit großem Engagement für Prävention, Sicherheit und die Förderung von Zivilcourage in unserer Region einsetzen.

WAS SONST NOCH LOS WAR:

- Präsidiumssitzung Bay. Landtag
- Aufsichtsrat Sozialbau Kempten
- Preisverleihung Schülerlandeswettbewerb »Erinnerungszeichen«
- Vortrag Kaufmanns-Casino e.V.: zum Thema »Krise der Demokratie«
- Sitzung Kommission Staatsreform Fraktionsebene

IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.) Telefon 0831 9909 3001
 Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
 87435 Kempten www.alexander-hold.de